



## BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

AN/0107/14

### Arbeitsmarktzulage für städtische Erzieherinnen

### -Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.10.2014-

die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale politische Aufgabe und ein bedeutender Faktor von „Ingolstadt familienfreundlich“. Der Ausbau der Kitas, besonders auch der Krippenplätze in der Stadt, ist in den vergangenen Jahren bis zum vorläufigen Deckungsgrad gelungen. Gleichzeitig hat aber der Ausbau einen verschärften Mangel an Personal zur Folge. Dem zahlenmäßigen Ausbau muss nun eine Qualitätsoffensive im Bereich Personal bzw. Personalschlüssel folgen. Das geht aber nur, wenn die Stadt mehr Erzieherinnen einstellt. Um den Erzieher-Beruf attraktiver zu machen, muss die Stadt einen finanziellen Anreiz geben und eine Ingolstadt-Zulage auf den normalen Tarif-Lohn drauflegen.

Daher stellen wir folgenden

#### **Antrag:**

Erzieherinnen erhalten künftig, unabhängig von ihrer Gehaltsstufe, eine Arbeitsmarktzulage von 150 bis 200 Euro.

Die Höhe der Arbeitsmarktzulage berechnet sich im Verhältnis zu der von der Stadt München beschlossenen Zulage von 200 Euro im Vergleich von Mieten und Lebenshaltungskosten in den beiden bayerischen Großstädten.

Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt einzustellen.

Eltern haben heute hohe Erwartungen bezüglich des Personals und der Ausstattung von Kitas und ganz besonders von Krippen. Kein Wunder, es geht ja um ihre kleinen Kinder.

Eine wirksame Qualitätsoffensive in diesem Bereich funktioniert nicht ohne mehr und gut qualifiziertes Personal. Zudem ist das Krippen- und Kita-Angebot ein deutlich sichtbares Aushängeschild einer „kinderfreundlichen“ Stadt und bestimmt den Alltag junger Familien ganz wesentlich.

Da München eine Zulage für Erzieherinnen in Höhe von 200 Euro kürzlich beschlossen hat, muss die Stadt Ingolstadt nachziehen, um auch künftig ein attraktiver Arbeitgeber in dieser Berufsparte zu bleiben.

Um ein ungerechtes Lohngefälle zwischen städtischem Personal und den Angestellten freier Träger zu vermeiden, soll die Stadt Gespräche für eine gemeinsame Initiative für mehr Personal in allen Kindertageseinrichtungen in der Stadt aufnehmen. Vertreter lokaler Firmen und Großbetriebe

werden eingeladen, sich ebenfalls konzeptionell und finanziell zu beteiligen. Von dem gemeinsamen Ziel „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ profitieren alle Seiten.

#### **Finanz- und Personalausschuss vom 20.11.2014**

Der Antrag wird mit der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan zur Beratung in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

#### **Stadtrat vom 03.12.2014**

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.